

## Initiative „Stiftung für gemeinnützigen Wohnungsbau ...“

Die Unterzeichnenden, in der Gemeinde ... wohnhaften Stimmberechtigten reichen gestützt auf Art. 50 des Gemeindegesetzes folgende Initiative ein:

### Initiativtext

Der Gemeinderat wird beauftragt, der Gemeindeversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Gründung einer Stiftung für gemeinnützigen Wohnungsbau zum Gegenstand hat.

### Begründung

In der Gemeinde ..... sind zahlbare Wohnungen in den letzten Jahren immer seltener geworden. Vor allem Familien haben zunehmend Probleme, Wohnraum zu angemessenen Preisen zu finden. In unserer Gemeinde fehlt es an einer Institution, welche sich für familienfreundlichen und zahlbaren Wohnraum einsetzt. Es ist unseres Erachtens nicht Aufgabe der Gemeinde, selbst familienfreundliche Wohnungen zu erstellen. Indes ist es Aufgabe der Gemeinde, dieses für die Einwohner wichtige Anliegen zu fördern. Die Gründung einer Stiftung mit entsprechendem Zweck erscheint als geeignetes Mittel, diesem Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen.

Die nachfolgenden Stimmberechtigten unterstützen diese Initiative<sup>1</sup>:

	Name und Vorname (in Blockschrift)	Wohnadresse	Unterschrift (eigenhändig)
1			
2			
3			
4			

### Initiativkomitee

Fritz Muster.....

---

<sup>1</sup> Für eine Initiative genügt 1 Unterzeichner/in, das heisst ein/e einzelne/r Stimmbürger/in kann eine Initiative einreichen. Mehr Publizität und mehr politischer Druck entsteht allerdings, wenn Unterschriften gesammelt werden.

**Initiative „zahlbarer Wohnraum in der Gemeinde ....“  
/“familienfreundlicher Wohnungsbau in der Gemeinde ....“**

Die Unterzeichnenden, in der Gemeinde ... wohnhaften Stimmberechtigten reichen gestützt auf Art. 50 des Gemeindegesetzes folgende Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein:

**Initiativtext**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, eine Vorlage zur Unterstützung des familienfreundlichen Wohnungsbaus in der Gemeinde .... auszuarbeiten. Dazu sollen gemeindeeigene Grundstücke an Investoren (z.B. gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften) abgegeben werden, damit Wohnungen entstehen, welche für Familien finanzierbar sind. Sofern notwendig, sind der Gemeindeversammlung Umzonungen zu beantragen.

**Begründung**

In der Gemeinde ..... sind zahlbare Wohnungen in den letzten Jahren immer seltener geworden. Vor allem Familien haben zunehmend Probleme, Wohnraum zu angemessenen Preisen zu finden. Die Gemeinde verfügt über verschiedene Grundstücke, die sich für familienfreundlichen Wohnraum eignen würden. Der Mangel an familienfreundlichem Wohnraum liesse sich effizient dadurch beheben, indem die Gemeinde ihr Wohnbauland an die in unserer Gemeinde ansässige Wohnbaugenossenschaft/an eine geeignete Wohnbaugenossenschaft im Baurecht abgeben bzw. verkaufen würde.

Die nachfolgenden Stimmberechtigten unterstützen diese Initiative<sup>1</sup>:

	Name und Vorname (in Blockschrift)	Wohnadresse	Unterschrift (eigenhändig)
1			
2			
3			
4			

**Initiativkomitee**

Fritz Muster.....

---

<sup>1</sup> Für eine Initiative genügt 1 Unterzeichner/in, das heisst ein/e einzelne/r Stimmbürger/in kann eine Initiative einreichen. Mehr Publizität und mehr politischer Druck entsteht allerdings, wenn Unterschriften gesammelt werden.

## **Initiative „Gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem Areal ...“**

Die Unterzeichnenden, in der Gemeinde ... wohnhaften Stimmberechtigten reichen gestützt auf Art. 50 des Gemeindegesetzes folgende Initiative ein:

### **Initiativtext**

Der Gemeinderat wird beauftragt, der Gemeindeversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, das Grundstück ..... im Baurecht an eine geeignete Baugenossenschaft zu überlassen, mit dem Zweck, auf diesem Grundstück familienfreundliche Wohnungen zu erstellen.

### **Begründung**

In der Gemeinde ..... sind zahlbare Wohnungen in den letzten Jahren immer seltener geworden. Vor allem Familien haben zunehmend Probleme, Wohnraum für angemessene Preise zu finden. Die Gemeinde verfügt auf dem Areal .... über ein Grundstück, welches sich für familienfreundlichen, gemeinnützigen Wohnungsbau bestens eignet. Diese ist im Baurecht an eine geeignete Baugenossenschaft zu übertragen, damit in unserer Gemeinde endlich wieder Wohnungen entstehen, welche auch für Familien erschwinglich sind.

Die nachfolgenden Stimmberechtigten unterstützen diese Initiative<sup>1</sup>:

	Name und Vorname (in Blockschrift)	Wohnadresse	Unterschrift (eigenhändig)
1			
2			
3			
4			

### **Initiativkomitee**

Fritz Muster.....

---

<sup>1</sup> Für eine Initiative genügt 1 Unterzeichner/in, das heisst ein/e einzelne/r Stimmbürger/in kann eine Initiative einreichen. Mehr Publizität und mehr politischer Druck entsteht allerdings, wenn Unterschriften gesammelt werden.

## Initiative „Wohnbaupolitik für in der Gemeinde ...“

Die Unterzeichnenden, in der Gemeinde ... wohnhaften Stimmberechtigten reichen gestützt auf Art. 50 des Gemeindegesetzes folgende Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein:

### Initiativtext

Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Bericht über die Wohnungssituation in unserer Gemeinde zu erstellen und der Gemeindeversammlung geeignete Massnahmen für die Förderung von familienfreundlichem, zahlbarem Wohnraum zu unterbreiten.

### Begründung

In der Gemeinde ..... sind zahlbare Wohnungen in den letzten Jahren immer seltener geworden sind. Vor allem Familien haben zunehmend Probleme, Wohnraum zu angemessenen Preisen zu finden. Es ist dringend notwendig, dass der Gemeinderat eine Analyse der aktuellen Situation vornimmt (Bauträger, Mietzinsen etc.) und die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinde aufzeigt, wie dieser unbefriedigenden Situation begegnet werden kann.

Die nachfolgenden Stimmberechtigten unterstützen diese Initiative<sup>1</sup>:

	Name und Vorname (in Blockschrift)	Wohnadresse	Unterschrift (eigenhändig)
1			
2			
3			
4			

### Initiativkomitee

Fritz Muster.....

---

<sup>1</sup> Für eine Initiative genügt 1 Unterzeichner/in, das heisst ein/e einzelne/r Stimmbürger/in kann eine Initiative einreichen. Mehr Publizität und mehr politischer Druck entsteht allerdings, wenn Unterschriften gesammelt werden.

## **Anfrage gestützt auf § 51 Gemeindegesetz an den Gemeinderat der Gemeinde .....**<sup>1</sup>

Die Unterzeichnenden haben festgestellt, dass zahlbare Mietwohnungen in unserer Gemeinde in den letzten Jahren immer seltener geworden sind. Vor allem Familien und ältere Menschen haben zunehmend Probleme, Wohnraum zu angemessenen Preisen zu finden. (Ev. weitere Informationen über die konkrete Situation in der Gemeinde).

Der/die Unterzeichnende bittet den Gemeinderat deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Gemeinderat die Grundsätze seiner Wohnbaupolitik diskutiert und entsprechende Beschlüsse gefasst? Falls ja, welches sind die Hauptanliegen des Gemeinderates für die Wohnbaupolitik unserer Gemeinde? Falls nein, beabsichtigt er, einen Beschluss über die Grundsätze seiner Wohnbaupolitik zu fassen?
2. Hat der Gemeinderat die Situation auf dem Wohnungsmarkt unserer Gemeinde analysiert? Welcher Prozentsatz aller Mietwohnungen in unserer Gemeinde entfallen auf den gemeinnützigen Wohnungsbau? Wie hoch sind die Mietzinsen des gemeinnützigen Wohnungsbaus in unserer Gemeinde im Vergleich zu den Marktmieten?
3. Beabsichtigt der Gemeinderat, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern? Wenn ja, wie?
4. Welche unverbauten Grundstücke befinden sich im Besitz der Gemeinde? Beabsichtigt der Gemeinderat, auf gemeindeeigenem Bauland gemeinnützige Wohnungen zu erstellen oder gemeindeeigenes Land einem Bauträger für gemeinnützigen Wohnungsbau zu verkaufen bzw. im Baurecht zu überlassen?

Mit bestem Dank und mit freundlichen Grüßen

Unterzeichner/in

---

<sup>1</sup> Eine Anfrage an den Gemeinderat muss mindestens 10 Arbeitstage vor der Gemeindeversammlung eingereicht werden. Es empfiehlt sich, dem Gemeinderat etwas mehr Zeit zu lassen, damit die Antwort seriös ausfällt. Die Antwort wird an der Gemeindeversammlung verlesen; der Unterzeichnende der Anfrage erhält die Antwort zu Beginn der Gemeindeversammlung schriftlich. Er darf nach dem Verlesen der Antwort kurz Stellung nehmen. Eine Diskussion findet nicht statt (vgl. § 51 Gemeindegesetz)

In Parlamentsgemeinden richtet sich die Anfrage nach dem Geschäftsreglement des entsprechenden Parlaments.